

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

März 2018

Eine knappe Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit dem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

Thema des Monats	2
DIHK stellt Brexit-Checkliste für Unternehmen vor.....	2
Wichtige Entwicklungen	3
EU und Großbritannien einigen sich zur Übergangsphase	3
Rat veröffentlicht Leitlinien für Verhandlungen zu den künftigen Beziehungen	3
DIHK: Nebelschwaden über dem Ärmelkanal bleiben.....	3
Europäisches Parlament veröffentlicht Leitlinien für Brexit-Abkommen.....	4
Entscheidung über Gibraltar noch offen.....	4
Theresa May mit dritter Brexit-Grundsatzrede	4
Ungereimtheiten bei Wahlkampf zum Brexit-Votum.....	4
Hintergrundmaterial	6
Regionen der EU nicht bereit für Brexit.....	6
Großbritannien muss noch bis 2064 an die EU zahlen	6
Gebäudepreise in London sinken	6
Europäische Firmen ziehen sich aus Großbritannien zurück	7
Brexit kostet Dax-Konzerne neun Milliarden Euro jährlich.....	7
Dies und Das	8
Neuer britischer Pass wird in Frankreich produziert.....	8
Brexit Comic-Reihe startet.....	8
Anti-Brexit Werbung aus Eurotunnel verbannt	8
Boris Johnsons rücksichtslose Sprache.....	8
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	10
Ressourcen	12

Thema des Monats

DIHK stellt Brexit-Checkliste für Unternehmen vor

Am 30. März 2019 verlassen die Briten die Europäische Union. Das ist definitiv. Auch wenn erst jüngst eine Einigung zur Ausgestaltung der Übergangsphase erzielt werden konnte, bleiben noch viele Fragen zu den künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU offen – und sorgen für Unsicherheit.

Eine Übergangsphase wird voraussichtlich bis zum 31. Dezember 2020 gewährleisten, dass das Vereinigte Königreich weiterhin Mitglied im Europäischen Binnenmarkt und der Zollunion ist. Das heißt, in dieser Zeit ist Großbritannien politisch schon außen vor, wirtschaftlich soll aber vorerst alles beim Alten bleiben. Nach dieser Übergangsphase wird das Vereinigte Königreich zum Drittstaat. Ob es gelingt, rechtzeitig ein Freihandelsabkommen zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich abzuschließen, steht in den Sternen. Sollte es zu keiner Einigung auf eine Anschlusslösung kommen, würde der Handel zwischen Großbritannien und der EU lediglich nach den WTO-Regeln erfolgen.

Klar ist bereits jetzt: Die Unternehmen müssen sich auf Veränderungen einstellen. Insbesondere im Warenverkehr wird es eine Reihe von Verschlechterungen geben. Die notwendigen Vorbereitungen in den Unternehmen auf den Brexit können umfangreich sein – unter anderem abhängig vom Engagement in Großbritannien, von der Unternehmensgröße und der Branche.

Um die hiesigen Unternehmerinnen und Unternehmen bei den Vorbereitungen zu unterstützen, hat der DIHK nun eine Brexit-Checkliste entwickelt. Der Leitfaden soll insbesondere aufzeigen, wo Anpassungsbedarf herrscht und ein Handeln nötig ist. Dazu gehören unter anderem Fragen zum Warenhandel, wie der Einführung von Zöllen und der damit verbundenen Notwendigkeit, Zolldokumente auszufüllen oder Ursprungsregeln zu beachten. Ebenso relevant ist aber beispielsweise auch die Problematik, dass Unternehmen, die derzeit als Limited firmieren, nach dem Brexit eine andere Gesellschaftsform annehmen müssen.

Mathias Dubbert

Wichtige Entwicklungen

EU und Großbritannien einigen sich zur Übergangsphase

Mitte März veröffentlichte die Kommission den [derzeitigen Stand des Austrittsabkommens](#) mit Großbritannien. In dem 130 seitenlangen Dokument sind die Abschnitte grün markiert, in denen sich beide Parteien bereits auf die Formulierung einigen konnten – darunter auch die Artikel zur Ausgestaltung der Übergangsphase. Die Übergangsphase soll nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs am 30. März 2019 nun 21 Monate, bis zum Ende des Jahres 2020, dauern. In dieser Zeit werden sowohl die finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens an die EU weiter bestehen bleiben, als auch die Personenfreizügigkeit, die Anwendbarkeit des Unionsrechts sowie der Zugang zum Europäischen Binnenmarkt. Die EU gestand Großbritannien zudem zu, bereits während der Übergangsphase Verhandlungen zu neuen Handelsabkommen führen zu können. Weiterhin offen bleibt jedoch die Frage, wie die Grenze zwischen Irland und Nordirland ausgestaltet werden soll. Mit der Einigung über die Modalitäten der Übergangsphase ist ein wichtiger Schritt zur rechtlichen Regelung des britischen Austritts getan. Das vollständige Abkommen soll im Oktober für die Ratifizierung in den Parlamenten bereit sein.

Rat veröffentlicht Leitlinien für Verhandlungen zu den künftigen Beziehungen

Zum Abschluss des EU-Ratsgipfels am 22. und 23. März haben die Staats- und Regierungschefs neue [Leitlinien](#) für die weiteren Austrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien verabschiedet. Zunächst begrüße der Rat die Fortschritte, die bisher insbesondere zu den Rechten der Bürgerinnen und Bürger, der Finanzregelung und einigen Fragen im Zusammenhang mit der Übergangszeit erzielt werden konnten. Offen bleibe jedoch vor allem auch die territoriale Anwendung des Austrittsabkommens, im Besonderen in Bezug auf Gibraltar und Nordirland. Die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich sollen durch ein ausgewogenes, ehrgeiziges und weitreichendes Freihandelsabkommen garantiert werden. Ein solches Abkommen kann jedoch erst fertiggestellt und geschlossen werden kann, sobald Großbritannien nicht mehr Mitglied der EU ist. Der nächste Ratsgipfel findet im Juni statt.

DIHK: Nebelschwaden über dem Ärmelkanal bleiben

Auch nach den beim EU-Gipfel verabschiedeten Leitlinien für die künftigen Beziehungen zu Großbritannien sind nach Worten von Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die für die Unternehmen drängenden Themen "noch immer nicht vom Tisch". Eine Etappe beim Brexit sei zwar geschafft, denn eine Übergangsphase würde zumindest für die nächsten Monate einen Rahmen der Zusammenarbeit bieten. Entwarnung könne jedoch nicht gegeben werden: Anstatt Klarheit zu haben, wie die künftigen Wirtschaftsbeziehungen nach der Übergangsphase aussehen werden, bleiben dicke Nebelschwaden über dem Ärmelkanal hängen. Doch die Zeit für eine Einigung drängt, denn jede Form der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bedarf zeitintensiver Verhandlungen.

Europäisches Parlament veröffentlicht Leitlinien für Brexit-Abkommen

In seinen [Leitlinien](#) für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen vom 14. März spricht sich das Europäische Parlament für ein Assoziierungsabkommen mit London aus. Das Dokument enthält grundlegende Ansichten in den Bereichen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, der inneren Sicherheit, der Außenpolitik sowie den Rechten der EU-Bürgern, die derzeit in Großbritannien leben und den Briten, die sich in der EU aufhalten. Auch die Grenze zu Nordirland ist ein Thema. Anders als in den Richtlinien des Rats sieht das Parlament den Abschluss eines Handelsabkommens nur vor, sofern andere Modelle der Zusammenarbeit keine Zustimmung fänden. Eine Zollunion sei laut den Abgeordneten „die beste Lösung sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die EU-27“.

Entscheidung über Gibraltar noch offen

Im Vorfeld des EU-Ratsbeschlusses machte Spanien [deutlich](#), dass die Einigung über die 21-monatige Übergangsphase das britische Territorium an der spanischen Küste nur einbeziehe, wenn ein zusätzliches bilaterales Abkommen zwischen Gibraltar und Spanien ausgehandelt werde. Regelmäßig ist die Behandlung Gibraltars während der Brexit-Verhandlungen Thema. Die Diskussionen nahmen erneut an Fahrt auf, als der britische Chefunterhändler David Davis äußerte, dass die Regelungen zur Übergangsphase ebenso für Gibraltar gelten würden.

Theresa May mit dritter Brexit-Grundsatzrede

Zu Beginn des Monats hielt die britische Premierministerin Theresa May ihre dritte große [Rede](#) zu den Vorstellungen Großbritanniens zum Brexit. Sie entwickelte in ihrer Rede fünf maßgebliche Kernpunkte, die das Vereinigte Königreich von dem Austrittsabkommen mit der Europäischen Union erwartet. Zunächst müsse das Abkommen die Kontrolle Großbritanniens über die eigenen Grenzen, Gesetze und Geld zurückerlangen, ohne dabei die eine unüberwindbare Distanz zu den Nachbarn auf dem Kontinent zu schaffen. Außerdem solle das Abkommen vollumfänglich sein, um mögliche Nach- oder Neuverhandlungen zu vermeiden und zeitnah Erwartungssicherheit zu gewährleisten. Zudem solle es Arbeitsplätze und die britischen Bürger schützen, das Vereinigte Königreich in seiner Außenwirkung nicht behindern und die britischen Regionen gemeinsam stärken. Konkrete Vorstellungen zur Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen, zur regulatorischen Angleichung an die Union oder Vorschläge zur Klärung der irischen Grenze fehlten in der Rede der Premierministerin.

Ungereimtheiten bei Wahlkampf zum Brexit-Votum

Whistleblower Shahmir Sanni, ehemaliger Mitarbeiter in der Leave-Kampagne im Vorfeld des Referendums im Juni 2016, erhebt schwere Vorwürfe, so der [Guardian](#). Es seien Regeln zur Höhe von Wahlkampfausgaben missachtet und entsprechende Beweise zerstört worden, so Sanni. Zentral seien dabei sowohl fragwürdige Zuwendungen in Höhe von 625.000 Pfund sowie die enge Zusammenarbeit zwischen zwei unterschiedlichen Kampagnenorganisationen, deren Abstimmung und Koordination im britischen Wahlrecht strenge Auflagen unterlie-



gen. Weitere Untersuchungen zu den Verknüpfungen der britischen Organisationen sowie den unklaren Geldspenden stehen derzeit noch aus.

Hintergrundmaterial

Regionen der EU nicht bereit für Brexit

Laut einem kürzlich erschienen [Bericht](#) des Ausschusses der Regionen haben weniger als ein Drittel der europäischen Regionen Maßnahmen ergriffen, um sich auf den Austritt Großbritanniens aus der EU vorzubereiten. Insgesamt werden einige Regionen stärker vom Brexit betroffen sein als andere. Insbesondere Deutschland, Irland und Belgien bekommen die Auswirkungen des Brexit deutlich zu spüren. Besonders stark werden ebenso Auswirkungen auf kleinere und mittlere Unternehmen erwartet: hier stehen weit weniger Mittel zur Vorbereitung auf die negativen Folgen des britischen Austritts zur Verfügung als dies für größere Unternehmen der Fall ist. Die Unterstützung der Unternehmerinnen und Unternehmer zur Bewältigung der aufkommenden Hürden sei daher unerlässlich. Der DIHK geht mit der neu erscheinenden Brexit-Checkliste einen weiteren Schritt in Richtung der aktiven Unterstützung seiner Mitgliedsunternehmen.

Großbritannien muss noch bis 2064 an die EU zahlen

Großbritannien wird auch noch im Jahr 2064 für den Austritt aus der EU zahlen müssen, [so die offizielle Prognose](#) der britischen Regierung, die die gesamte Rechnung für den Brexit auf 41,4 Milliarden Euro schätzt. Obwohl die Folgen des Brexit auf die britische Wirtschaft nie vollumfänglich berechnet werden können, so das Büro für den nationalen Haushalt (OBR), seien die klar messbaren Auswirkungen deutlich. Der Auslandshandel wird sich voraussichtlich weiter verlangsamen und die Investitionen der Unternehmen werden bereits jetzt zurückgehalten. Während etwa 75 Prozent der britischen Verbindlichkeiten bereits bis 2022 fällig werden, könnten Zahlungen an die EU, beispielsweise Pensionszahlungen, noch bis nach 2060 anhalten.

Gebäudepreise in London sinken

Hauspreise in der britischen Hauptstadt werden im kommenden Jahr voraussichtlich um weitere 2 Prozent sinken, nachdem sie bereits im Vorjahr um 1,8 Prozent zurückgegangen waren, so die britische [Immobilienfirma Rightmove](#). Der britische Immobilienmarkt werde im nächsten Jahr den Trend aus 2017 fortsetzen und einen Mix aus positiven wie negativen Preisentwicklungen enthalten. Der Nettoeffekt werde in einem deutlich verlangsamteten Preiswachstum resultieren, so die Experten. Insbesondere das Wachstum der Hauspreise wird sich weiter abkühlen, auf 1 Prozent im Jahr 2018, und damit dem niedrigsten Stand seit 2011. Wirtschaftliche und politische Unsicherheit, Druck auf Konsumenten im Zuge der Brexit-Abstimmung und strengere Mietbestimmungen sind maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt.

Europäische Firmen ziehen sich aus Großbritannien zurück

Eine Umfrage unter Managern macht deutlich, dass europäische Unternehmen den Abbau ihrer Geschäfte auf der Insel planen und damit Konsequenzen aus der Unsicherheit über den britischen EU-Austritt ziehen, so die [FAZ](#). Der britische Wirtschaftsverband Chartered Institute of Procurement and Supply (CIPS) erklärte Mitte des Monats, dass 14 Prozent der europäischen Unternehmen mit Büros, Lagerhäusern oder Fabriken in Großbritannien bereits jetzt entsprechende Schritte unternehmen. Elf Prozent zogen Mitarbeiter aus dem Vereinigten Königreich ab, fast jedes dritte Unternehmen hob wegen des Brexits seine Preise an und jedes vierte britische Unternehmen klagte über Probleme mit Zulieferern in der Europäischen Union. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten, Aufträge zu erhalten, die über den für März 2019 geplanten EU-Austritt hinausgehen. An der Umfrage beteiligten sich 2418 Manager aus zahlreichen Branchen, darunter Industrie, Finanzdienstleister, Einzelhandel und Baugewerbe.

Brexit kostet Dax-Konzerne neun Milliarden Euro jährlich

Als sich die Briten am 23. Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden, verloren die 30 Dax-Konzerne binnen weniger Stunden fast 65 Milliarden Euro an Wert. Sollten sich die Europäische Union und Großbritannien nicht auf einen freien gemeinsamen Markt einigen – so der derzeitige Stand der Dinge – entstehen den Unternehmen in der EU Kosten in Höhe von 37 Milliarden Euro - pro Jahr. Knapp ein Viertel dieser Kosten, neun Milliarden Euro jährlich, wird deutsche Unternehmen treffen, so das [Handelsblatt](#). Der größte Kostenanteil entstehe durch nicht-tarifäre Handelsbarrieren, wie zusätzliche regulatorische Anforderungen, Zulassungen und Kontrollen. Allein in Deutschland hängen etwa eine Dreiviertelmillion Arbeitsplätze vom Handel mit Großbritannien ab. Aufgrund der regionalen Wirtschaftsstruktur werden die Auswirkungen des Brexit besonders in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen spürbar sein.

Dies und Das

Neuer britischer Pass wird in Frankreich produziert

Die britische Firma De La Rue wird vermutlich seinen langjährigen Vertrag zur Produktion der neuen britischen Ausweispapiere verlieren, so die Tageszeitung [The Sun](#). Stattdessen könne das lukrative Geschäft an die französische Firma Gemalto übergehen, die den Zuschlag für die Ausschreibung der Produktion für die neuen Pässe der britischen Bürger ab 2019 bekommen hat. Die Entscheidung über den Zuschlag ist das Ergebnis eines blinden Bieterverfahrens: Die Minister können nicht einsehen, wer die Angebote angereicht und sind zudem gegenüber den Steuerzahlern dazu verpflichtet, das günstigste Angebot anzunehmen. Premierministerin Theresa May hatte im letzten Jahr die Einführung der blauen (und nicht mehr burgunderfarbenen) britischen Pässe nach dem Austritt aus der EU viel Aufhebens angekündigt. Eine mögliche Verlagerung der Produktion auf das europäische Festland stößt vielen Befürwortern des Austritts bitter auf.

Brexit Comic-Reihe startet

Der [erste Brexit-Comic](#) von Zeichner und Autor Mike Dicks wird im nächsten Monat veröffentlicht. Die Comic-Reihe über den Austritt Großbritanniens wird am 1. April in erster Auflage erscheinen und 8 Seiten umfassen. Sie wurde zunächst durch Crowdfunding finanziert und soll „jedermann ein Lächeln ins Gesicht zaubern“, so Dicks. Die „Hauptdarsteller“ des Comics sind unter anderem May, May, Boris Johnson, David Davis und Angela Merkel – wobei die zwei May-Figuren die wechselnde Position der Premierministerin zum Brexit verdeutlichen sollen. Weitere Ausgaben sind erstmal bis zum offiziellen Austritt Großbritanniens geplant.

Anti-Brexit Werbung aus Eurotunnel verbannt

Eine [Werbung](#) der Entwicklungsagentur der französischen Normandie wurde aus dem Eurotunnel und der Londoner U-Bahn verbannt. Die Plakate zeigten eine fiktive Partnerschaftsanzeige in einer Tageszeitung mit dem Aufruf nach einem „interessierten Unternehmer“, der „allergisch auf post-Brexit Zölle“ ist. Die Werbung dient als Aufruf für unzufriedene britische Unternehmen, sich für die Umsiedlung in den Norden Frankreichs zu entscheiden. Die Londoner Transportgesellschaft entschied sich für ein Verbot, da es nicht mit den internen Richtlinien übereinstimme, so die Londoner Verkehrsgesellschaft. Die Werbung wird dennoch in britischen Zeitschriften und auf einem Bus auftauchen.

Boris Johnsons rücksichtslose Sprache

Eine Gruppe britischer Parlamentarier warnte Boris Johnson in einem [Brief](#), dass er und andere Befürworter des Austritts durch die unbedachte Nutzung unangebrachter Ausdrücke die vorangehenden Verhandlungen und Großbritanniens Ansehen nach außen gefährdet. Die regelmäßige Nutzung von Kriegsausdrücken, beispielsweise Wörtern wie „Kriegskabinett“, „annektieren“ oder „Erpressung“, würde die Erhaltung einer tiefen und besonderen Verbindung Großbritanniens mit der EU auch nach dem Austritt maßgeblich beeinträchtigen. Die Nutzung hetzerischen Vokabulars untergräbt jeden Fortschritt zum Aufbau von Vertrauen

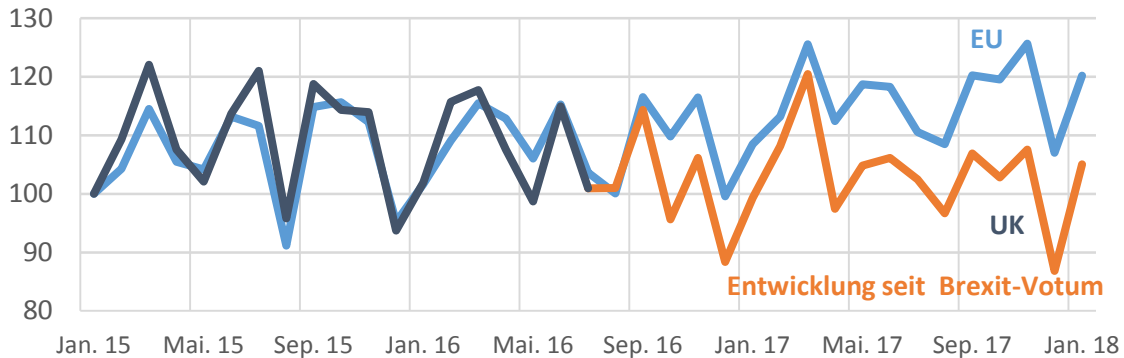


zwischen beiden Parteien. Zusagen und Kompromisse können in einem feindseligen Klima nur schwerlich entstehen, so die britischen Abgeordneten.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

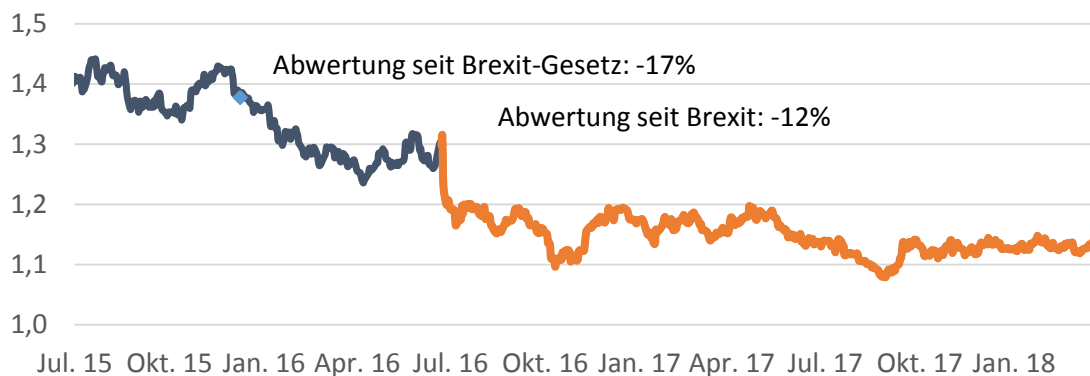
(01/15=100, Monatswerte; Quelle: DeStatis, eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Die deutschen Exporte nach Großbritannien sind 2017 um 2% gesunken. Dem steht ein Plus von 6% bei den deutschen Exporten in die EU insgesamt gegenüber. Im letzten Jahr war Großbritannien nur noch Deutschlands fünftwichtigster Absatzmarkt, nach fünf Jahren auf Rang 3. 2016 hatte es bereits einen Rückgang der Ausfuhren nach Großbritannien von 3% gegeben.

Wechselkurs Pfund - Euro

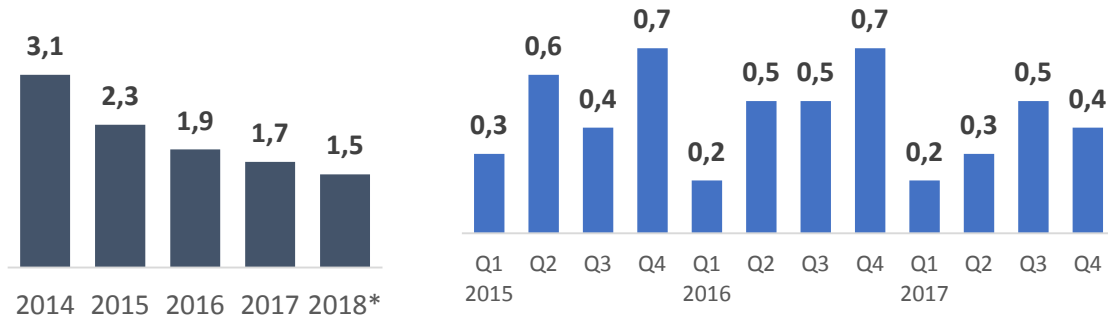
(Quelle: finanzen.net; Stand: 23.03.18)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

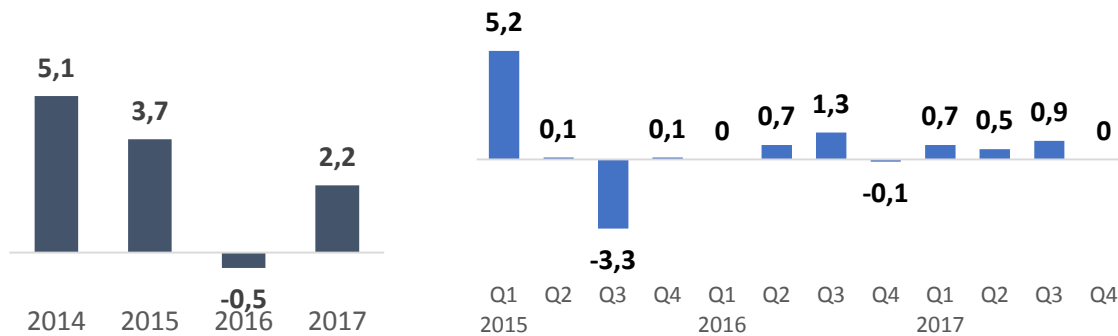
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#);
*IWF-Prognose)



DIHK-Kommentar: Das Wachstum der britischen Volkswirtschaft fiel 2017 mit 1,7% deutlich geringer aus als in Deutschland (2,5% kalenderbereinigt) und im Rest der EU (ebenfalls 2,5%). Auch in diesem Jahr dürfte das BIP in Großbritannien mit 1,5% weiterhin unterdurchschnittlich wachsen (IWF-Prognose für die EU: 2,1% in 2018).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang im 2016 weiter eher verhalten. 2017 sind sie weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%), im Jahresendquartal stagnierten sie. Die stockenden Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>